



„Anschein von aktivem Handeln“

Opposition macht Gesundheitsministerin Gerlach schwere Vorwürfe wegen Bayerns Krankenhäusern

Von Alexander Kain

München. In keinem Bundesland gibt es so viele Krankenhäuser wie in Bayern. Doch die Kliniken sind über die Jahre in eine schwere Strukturkrise geraten, kaum ein Haus kann noch kostendeckend arbeiten. Es wird immer klarer: Die Krankenhausreform, die Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) angestoßen hat, wird die Krankenhauslandschaft vor allem in Bayern dauerhaft verändern – gerade viele kleine Häuser drohen zu verschwinden.

Ist das nun die Schuld von Lauterbach? Oder blieb Bayern, das bei den Krankenhäusern gesetzlich für Strukturplanung und Investitionen zuständig ist, zu lange untätig? Darüber fetzte sich gestern der Landtag nach einer Regierungserklärung von Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach (CSU), die ihren 7-Punkte-Plan erläuterte, den das Kabinett bereits am Dienstag beschlossen und öffentlich vorgestellt hatte. So will Gerlach eine bayernweite Datengrundlage schaffen – um „eine tragfähige und einheitliche Datengrundlage für deren Überlegungen zur künftigen Ausgestaltung der bayerischen Krankenhauslandschaft“ zu bekommen. Erstellt werden soll zudem eine Prognose der Patientenzahlen – um den aktuellen und künftigen Versorgungsbedarf zu ermitteln und so eine „einheitliche Basis für die Zukunftsüberlegungen der Krankenhausträger und ihre Vorgehensweise vor Ort“ zu schaffen.

Gerlach kündigte zudem Leitplanken für Leistungsangebote an – um etwa Notfallversorgung und Geburtshilfe auch in Zukunft flächendeckend gewährleisten zu können. Angekündigt wurde zudem die Förderung regionaler Strukturgutachten – der Freistaat „finanziert den Krankenhausträgern regionale Struktur- und Umsetzungsgutachten“, um eine „Ba-

sis für anstehende Umstrukturierungen“ zu schaffen. Anstoßen will Gerlach nun regionale Dialoge – und verspricht politische Rückendeckung für Entscheider vor Ort. Und schließlich, so kündigte die Gesundheitsministerin an, werde der Freistaat, wo möglich, auf die Rückforderung von Fördermitteln bei Nutzungsänderung verzichten.

Gerlach: Verantwortung liegt bei Kommunen

Überhaupt, so stellte Gerlach fest, habe der Freistaat mit Ausnahme der Universitätskliniken keine eigenen Krankenhäuser. Für die Betriebskosten seien die Krankenkassen zuständig, für die wiederum der Bund die Verantwortung trage. Der Freistaat stelle nur Investitionen zur Verfügung, die eigentliche Aufgabe für die Krankenhausversorgung liege bei den Kommunen, so Gerlach.

Selten wurde eine Regierungserklärung von der Opposition derart zerpfückt wie gestern.

Grünen-Vizefraktionschef Johannes Becher machte die Gefechtslage klar: Angesichts der Lage (zu wenig Geld, zu wenig Personal, zu wenig Patienten) habe Lauterbach keine Reform vorlegen können, die es allen recht mache. „Wenn es die eierlegende Wollmilchsau gäbe, hätte es die Vorgängerregierung bereits gemacht“, spielte er darauf an, dass Probleme schon lange bekannt waren, aber der frühere Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) nicht gehandelt habe. An die Adresse von Gerlach befand er: „Aufgabe von Politik ist nicht, den Zustand zu bejammern, sondern Lösungen zu finden.“ Und da fragte er sich schon, so Becher, was der Freistaat, der doch für Planung und Steuerung der Krankenhäuser zuständig sei, in den letzten Jahren eigentlich gemacht ha-

be. So ein 7-Punkte-Plan, „das klingt gut, klingt wuchtig, klingt nach Innovation“, wütete Becher. Da müsse er sich schon wundern über „die banalen Vorschläge, die uns als Breaking-News angekündigt wurden“.

Wenn Gerlach nun ankündige, sich Klarheit über die Situation verschaffen und Gutachten und Prognosen erstellen lassen zu wollen, dann würde er schon gerne wissen, warum das in all den Jahren nicht erfolgt sei? „Warum gibt es das nicht längst?“ Auf welcher Basis habe denn der Freistaat in den zurückliegenden Jahren geplant und investiert? Auch, wenn Gerlach nun auf die Träger zugehen wolle, müsse man sich fragen, warum das nicht längst geschehen sei. Den Vorwurf von Gerlach an die Ampel-Bundesregierung, sie habe die Reform im „Blindflug“ gemacht, könne er nur zurückgeben, so Becher. Der Freistaat rede andauernd bei Dingen mit, wo er keine Verantwortung habe – bei den Krankenhäusern in Bayern habe er Verantwortung, der solle er endlich gerecht werden.

SPD: 7-Punkte-Plan nur eine „Luftnummer“

In dieselbe Kerbe hieb Ruth Waldmann (SPD). Bayerns Kliniken seien „nicht in Schwierigkeiten wegen der Reform, sondern weil es eben keine Reformen gab“. Gerlach (und ihr Vorgänger als bayerischer Gesundheitsminister, der jetzige CSU-Fraktionschef Klaus Holetschek), hätte all die Probleme „seit Jahren auf dem Schirm haben müssen“. Der 7-Punkte-Plan sei „eine Luftnummer“, der lediglich „den Anschein von aktivem Handeln“ vermitteln solle. Gerlach wolle „Gutachten und Studien vergeben für Dinge, für die sie seit Jahren selbst zuständig“ sei. Auf welcher Grundlage seien eigentlich in der Vergan-



genheit in Bayern Krankenhaus-Entscheidungen getroffen worden, wollte sie wissen. Offensichtlich wolle sich der Freistaat angesichts der Herausforderungen nicht „die Finger schmutzig machen“.

Selbst die AfD befand an die Adresse von Gerlach und Staatsregierung: „Sie hatten genug Zeit“, so Andreas Winhart. Was Bayern betreibe, sei „aktive Klinik-Sterbehilfe“.

Ebenfalls erschienen in: Donaukurier Ingolstadt, Mittelbayerische Zeitung.